



Landesdienst West

epd überregional
epd regional
epd Fachdienste
epd bild epd Archiv



Studie: Frauenanteil in Kommunalparlamenten wächst nur noch langsam

Bochum (epd) Beim Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen in NRW geht es nach einer aktuellen Erhebung von Forschern der Ruhr-Universität Bochum in den letzten Jahren nicht mehr so recht voran. Von 1988 bis 2004 sei der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik von zehn auf knapp 30 Prozent deutlich gestiegen, teilte die Hochschule mit. Bei der Kommunalwahl 2020 fiel der Anteil weiblicher Mandatsträger mit 34,4 Prozent nur geringfügig höher aus.

Die Historikerin Beate von Miquel vom Marie Jahoda Center for International Gender Studies und der Politologe David H. Gehne vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung stellten in ihrer Untersuchung dabei große Unterschiede zwischen den Parteien fest. Spitzenreiter sind demnach

die Grünen, die seit 2004 kontinuierlich einen Frauenanteil von rund 50 Prozent in den Räten und Kreistagen aufweisen. Die SPD stelle inzwischen einen Frauenanteil von 39,6 Prozent und liege damit knapp unter ihrer 1998 beschlossenen innerparteilichen Quote von 40 Prozent.

In CDU und FDP werden laut Erhebung jeweils etwa ein Viertel aller Mandate von Frauen bekleidet. Die AfD stelle in den Räten und Kreistagen lediglich einen Frauenanteil von 9,7 Prozent. "Parität wird offenbar nur mit konsequent umgesetzten innerparteilichen Quoten erreicht", erklärten von Miquel und Gehne.

Starke Unterschiede stellten die Forscher auch zwischen den Kommunen fest. Die Frauenanteile variierten demnach zwischen 22,2 Prozent im Kreis Euskirchen und 44,8 Prozent im Rat der Stadt Aachen. In einigen Städten und Kreisen sei die Frauenrepräsentanz im Zeitverlauf sogar teils massiv gesunken, hieß es weiter. Am stärksten fiel der Rückgang in Solingen aus, dort sank der Anteil zwischen 2004 und 2020 um rund 13 Prozentpunkte von 39,7 auf 26,9 Prozent.

< Fukushima-Jahrestag: Atomkraftgegner
fordern Aus für alle Atomanlagen

Bericht sieht keine Anzeichen für
Unterwanderung der NRW-Polizei >